

Protokoll der zweiten ordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments der Universität Passau am 09.01.2025



Protokollführung: Maximilian Becker (RCDS)

Ort: WiWi SR 301

Eröffnung der Sitzung: 20:05 Uhr

Es wird festgestellt, dass das Präsidium des Studierendenparlaments am 02.01.2025 form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung geladen hat.

Anwesend:

Grüne Hochschulgruppe (GHG)

- Clemens Diener (3 Stimmen bis 20:33 Uhr, danach 2)
- Lorenz Elter
- Menja Lorenz
- Chiara Nießner
- Svenja Quantz

Hochschulgruppe der Jungsozialist:innen (Juso-HSG)

- Johanna Richardt (Sitzungsleitung)
- Rebekka Amann (Sitzungsleitung)
- Maximilian Wimmer
- Lea Dahms (ab 20:33 Uhr)

Ring Christlich-Demokratischer Studenten an der Universität Passau e.V. (RCDS)

- Isabella Ellmer (2 Stimmen)
- Maximilian Becker

Die Linke am Campus (LaC)

- Julian Frick (2 Stimmen)
- Lisa Bichler

Fachschaftsvertretungen

- *Geistes- und Kulturwissenschaftliche Fakultät (FS GeKu):* Émilie Grießer
- *Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät (FS SoBi):* Dan Zizelmann
- *Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät (FS WiWi):* Vanessa Schröder
- *Fakultät für Informatik und Mathematik (FS Info):* Fabian Dietrich
- *Juristische Fakultät (FS Jura):* Barbara Münch

Gäste

- Der Kanzler der Universität Passau, Herr Dr. Achim Dilling (ab 20:06 Uhr)
- Sieben weitere Gäste

Stimmrechtsübertragungen:

- Von Lea Dahms (Juso-HSG) auf Clemens Diener (GHG), bis 20:33 Uhr.
- Von Mara Ackermann (RCDS) auf Isabella Ellmer (RCDS).
- Von Luca Essel (LaC) auf Julian Frick (LaC).
- Dan Zizelmann ist Ersatzvertreter der FS SoBi für Simon Hofmann.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt (18 von 22 Personen, 21 von 23 Stimmen anwesend).

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28.11.2024:

- Der Protokollentwurf wird mit insgesamt sechs Änderungsanträgen von Julian Frick (LaC), Isabella Ellmer (RCDS), Maximilian Becker (RCDS) und Maximilian Wimmer (Juso-HSG) einstimmig angenommen.

Genehmigung der Tagesordnung:

- Maximilian Becker (RCDS) beantragt, den TOP V (Bericht des Kanzlers) vor den TOP III (Antrag der GEW) zu stellen → bei fünf Enthaltungen so beschlossen.
- Demnach wird nach folgender Tagesordnung verfahren, wobei TOP I damit bereits abgeschlossen ist:

I. Begrüßung und Formalia

II. Berichte von

1. Senator:innen
2. Fachschaftsvertretungen
3. AStA/Sprecher:innen-Rat
4. Beauftragten

III. Bericht des Kanzlers zur Eingliederung der studentischen Beschäftigten in den TV-L

IV. Antrag der GEW Passau: „Solidarität mit den studentischen Beschäftigten: Eingruppierung jetzt!“

V. Antrag der Juso-HSG: „Transparenz und Mitbestimmung bei der Vergabe von Stipendienzuschüssen“

VI. Sonstiges

Tagesordnungspunkt II: Berichte

1. Senator:innen

- Clemens Diener (GHG):
 - Ein Hearing der Kandidatinnen und/oder Kandidaten der universitären Präsidentschaftswahl habe stattgefunden, aus rechtlichen Gründen dürfe daraus aber nicht berichtet werden.
 - Die Wahl solle am 30.01.2025 stattfinden, ab 2026 werde das Amt dann an den Nachfolger bzw. die Nachfolgerin übergeben.
- Aussprache zum Bericht:
 - Fabian Dietrich (FS Info) fragt, ob das Ergebnis erst 2026 bekanntgegeben wird.
 - Antwort von Clemens Diener (GHG): Nein, direkt nach der Wahl.

2. Fachschaftsvertretungen

- Vanessa Schröder (FS WiWi):
 - Gestern habe ein Treffen stattgefunden, heute eine Seminarinfoveranstaltung.
 - Ende Januar findet die „Lange Nacht des Lernens“ statt.
- Barbara Münch (FS Jura):
 - Die Weihnachtsvorlesung habe abgesagt werden müssen, eine Alternative werde aber vorbereitet.
- Émilie Griebler (FS GeKu):
 - Ein Strategiewochenende mit den Themen „Fairerer Fachschaftspreis“ und „Studiengangsbefragungen“ habe stattgefunden.
 - Die Adventslesungen wurden nur spärlich besucht, es gab aber gutes Feedback.
 - Aktuell laufe die Planung der Blutspendeaktion (mit FS SoBi).
 - Die StuVeLa wolle selbst Fachschaft werden, die FS GeKu sieht dies kritisch.
- Dan Zizelmann (FS SoBi):
 - Nächsten Dienstag soll in Kooperation mit GoverNET eine Infoveranstaltung zur StaWi-Reform stattfinden.
 - Der „Science Slam“ musste wegen fehlender Anmeldungen abgesagt werden.
- Fabian Dietrich (FS Info):
 - Ein Strategiewochenende habe stattgefunden, dort wurde ein Positionspapier erarbeitet, das die Nicht-Öffentlichkeit der Unipräsidentschaftswahl kritisiert.
- Aussprache zu den Berichten:
 - Maximilian Wimmer (Juso-HSG) fragt, was genau die StuVeLa plane.
 - Antwort von Émilie Griebler (FS GeKu): Die StuVeLa wolle künftig wohl auf „überfakultärer Ebene“ tätig sein.
 - Antwort von Dan Zizelmann (FS SoBi): Es sei ein „werdender Prozess“, der aktuelle Stand sei ihm nicht bekannt.
 - Antwort von Fabian Dietrich (FS Info): Die StuVeLa wolle mehr Mitbestimmung, da sie von Unistellen häufig nicht ernstgenommen werde. Überlegt werde eine zusätzliche Fachschaftsstruktur, die eine Legitimation durch Teilnahme an den Uniwahlen ermöglichen würde.
 - Clemens Diener (GHG) fragt, ob es stimmt, dass die StuVeLa einen „studentischen Konvent“ plane, dies sieht er kritisch.
 - Antwort von Fabian Dietrich (FS Info): Das stehe wohl noch nicht fest, wäre aber eine diskutierte Möglichkeit.

- Kommentar des Kanzlers Dr. Dilling zum Positionspapier der FS Info: Er stehe hinter dem Anliegen, auch die letzte Unipräsidenschaftswahl habe noch öffentlich stattgefunden. Das Ministerium habe nun allerdings explizit darauf hingewiesen, dass die Öffentlichkeit auszuschließen sei.

3. AStA/Sprecher:innen-Rat

- Clemens Diener (GHG):
 - Vernetzung mit den ASten in Würzburg, LMU-München, Augsburg und Landshut.
 - Planung der „Never Again“-Reihe (Aktionstage mit mehr als 10 Veranstaltungen).
 - Der Antidiskriminierungsposten ist auf AStA-Initiative wieder besetzt worden.
 - Aufbau eines Green Offices, das verschiedenste Ressourcen zur Verfügung habe und sich um Nachhaltigkeitsthemen kümmern solle.
 - Das Aufstellen von Wasserspendern mit Festwasseranschluss stehe im Klimaschutzkonzept der Universität, scheitere aber im Moment an der umstrittenen Frage der Zuständigkeit von Facility Management oder STWNO.
 - Die Innenausstattungsplanung der Hörsäle im IWZ sei noch am Laufen, insofern könne die Idee zur Anbringung von Steckdosen an den Tischen noch einfließen, was er ausdrücklich begrüßen würde.
 - Die „Lange Nacht der Hausarbeiten“ habe wegen fehlender Kapazitäten der Fachschaften abgesagt werden müssen.
 - Heute habe das erste Treffen des ZSZVG stattgefunden.
 - Der AStA habe jetzt ein Whiteboard an der Außenwand seines Büros.
- Aussprache zum Bericht:
 - Maximilian Becker (RCDS) fragt, welche zusätzlichen Ressourcen dem Green Office zur Verfügung stünden.
 - Antwort von Clemens Diener (GHG): Ein physisches Büro und eventuell sogar studentische Beschäftigungsstellen.
 - Antwort von Dr. Dilling: Jährlich blieben etwa 15.000€ aus dem Topf für studentische Projekte als Rest stehen, die Nachhaltigkeitsgelder davon könnten vom Green Office gerne abgerufen werden.

4. Beauftragte

- Rebekka Amann (Gleichstellung und Diversität):
 - In einer bundesweiten Zoomkonferenz wurden aktuelle Themen diskutiert.
 - Am 21.01.2025 findet in Passau die Frauenbeiratssitzung statt.
 - Spricht das Thema der kostenlosen Periodenprodukte an Universitäten an.
 - Dr. Dilling sagt, das Bekämpfen der Periodenarmut sei eine Initiative der Universität Passau gewesen und er sichert zu, das Projekt fortzuführen.
 - Clemens Diener (GHG) fragt, ob auch ein Ausbau geplant sei.
 - Dr. Dilling antwortet, dass er davon nichts wisse, dazu aber gerne bereit sei, da es keinen großen administrativen und finanziellen Mehraufwand darstelle.
 - Das ZSZVG wurde mit vier Personen besetzt, obwohl nur drei Personen erlaubt sind, deswegen habe Almedina Veliu (Juso-HSG) ihre Wahl zurückgezogen.
 - Kommentar von Dr. Dilling: Die ZSZVG-Vergabeprozesse wären sehr komplex, deswegen bietet er Maximilian Wimmer (Juso-HSG) und Clemens Diener (GHG) an, gemeinsam die Zahlen durchzusprechen, gerne auch in größerer Runde.

Tagesordnungspunkt III: Bericht des Kanzlers zur Eingliederung der studentischen Beschäftigten in den TV-L (ab 20:43 Uhr)

- Dr. Dilling dankt den Anwesenden für ihr Engagement und signalisiert für die Zukunft jederzeitige Gesprächs- und Diskussionsbereitschaft zu allen Themen an.
- Fabian Dietrich (FS Info) bittet darum, die Präsentation im Anschluss an die Sitzung zur Verfügung gestellt zu bekommen, dies wird ihm zugesagt.

Bericht:

- Lea Dahms (Juso-HSG) und die GEW Passau kamen im Juni 2024 auf den Kanzler zu, da Indizien gefunden wurden, die eine Eingruppierung einiger SHKs in den TV-L nahelegen.
- Ca. 650 studentische Beschäftigungsverhältnisse an der Universität, davon betroffen sind ca. 200 aus dem nicht-wissenschaftlichen Bereich.
- Fabian Dietrich (FS Info) fragt, welche Bereiche genau betroffen sind.
 - o Antwort von Dr. Dilling: Bibliotheken, studentische Aushilfen bei Messen, Beschaffungsbereich, teilweise Prüfungssekretariat → Versuch der Clusterung.
- Im Juni 2024 wurde eine Vereinbarung getroffen und angekündigt, dass die Umstellung der Verträge wegen des komplexen Rechtsrahmens sechs bis neun Monate dauere.
- Von den 200 Personen gibt es etwa 50 Personen, die eine Vorbeschäftigung vorweisen.
 - o Der Vertrag würde auslaufen, da es keine Planstellen mehr gibt; dies will die Universität nicht und hat deshalb beim Ministerium die benötigten Planstellen beantragt.
 - o Eine sachgrundlos befristete Weiterbeschäftigung bei Vorbeschäftigung ist nicht möglich, insofern würden die 50 Personen unbefristete Verträge bekommen.
 - o Fabian Dietrich (FS Info) fragt, worin sich die 50 Beschäftigten von den anderen 150 Beschäftigten unterscheiden.
 - Antwort von Dr. Dilling: Die 150 Personen haben keine Vorbeschäftigung.
 - o Die Verträge für die dringendsten Fälle würden schnellstmöglich bearbeitet.
- Die Vergütung läge je nach Einzelfall künftig in den Bereichen E2/E3, für die Universität würde es somit erheblich teurer. Auch sei nicht auszuschließen, dass einzelne SHKs am Ende durch höhere Sozialversicherungsbeiträge insgesamt weniger Geld bekommen.
- Dan Zizelmann (FS SoBi) fragt, wie die Universität mit der Mehrbelastung umgehen wird.
 - o Antwort von Dr. Dilling: Das Stammpersonal wird wohl dazu verpflichtet werden, die Mehrbelastung zu kompensieren.
- Julian Frick (LaC) fragt, warum die finanzielle Mehrbelastung die Universität und nicht der Freistaat zu tragen habe.
 - o Antwort von Dr. Dilling: Die Universität ist in diesem Falle der Freistaat.
- Maximilian Becker (RCDS) fragt, wie groß die finanzielle Mehrbelastung etwa sein wird.
 - o Antwort von Dr. Dilling: Etwa eine dreiviertel Million bis eine Millionen Euro, die genaue Zahl könne er nachliefern.
- Die Universität handle durch die Eingruppierung künftig rechtssicher, wozu sie überdies verpflichtet sei, der Kanzler bezweifelt aber einen Vorteil der Eingruppierung im administrativen Bereich.

Auseinandersetzung mit dem Antrag der GEW Passau (ab 21:09 Uhr):

- Die GEW Passau schreibt in ihrem Antrag, es gäbe keine Fortschritte – dem widerspricht Dr. Dilling, er sieht einen Fortschritt und das Datum des 01.04.2025 stehe.
 - o Rebekka Amann (Juso-HSG) sagt, das StuPa und die GEW Passau würden als Schuldige für die Existenznot einiger Beschäftigten genannt, sie wolle aber nicht sagen, wer das behauptet.
 - o Dr. Dilling erwidert, er müsse die Namen wissen und versichert, dass er unbedingt ein angstfreies Kommunikationsklima will.
 - o Lea Dahms (Juso-HSG) sagt, sie habe aufgebrachte Kolleginnen und Kollegen am Telefon gehabt, die ihr berichteten, es wäre im Dezember seitens der ZIM abgefragt worden, wer Gewerkschaftsmitglied ist.
- Dr. Dilling zitiert den offenen Brief, wonach die Universität Gespräche mit Personalrat und/oder Gewerkschaft „verweigert“. Er sieht von seiner Seite keine Gesprächsverweigerung; er habe immer angeboten, Fragen zu beantworten und mehrmals mit Lea Dahms (Juso-HSG) und dem (stellv.) Personalratsvorsitzenden gesprochen.
 - o Lea Dahms (Juso-HSG) sagt, Leute hätten in der Personalversammlung am 02.10.2024 Fragen stellen wollen, andere Themen hätten aber mehr Platz eingenommen.
 - o Dr. Dilling ergänzt, dass er den Personalrat im Monatsgespräch am 17.10.2024 über den aktuellen Sachstand ausführlich informiert habe und bekräftigt, dass er von Seiten der Universität keine Gesprächsverweigerung sieht.
 - o Dr. Dilling verliest eine E-Mail, die er am 25.11.2024 an den stellvertretenden Personalratsvorsitzenden, Herrn Florian Stelzer, schickte, nachdem er kurz zuvor mit ihm telefoniert hat. Herr Stelzer bestätigt, dass auch er den Vorwurf einer Gesprächsverweigerung nicht teile.
 - o Lea Dahms (Juso-HSG) liest eine Mail von Herrn Leirich vor, die ihre These stützt.
 - o Dr. Dilling zeigt sich sehr verwundert und entgegnet, dass dies nicht stimmen könne, da der 01.04.2025 zu diesem Zeitpunkt bereits im Raum stand.
- Dr. Dilling liest einen Teil der Pressemitteilung der GEW vom 18.12.2024 vor, wonach die Universität mitgeteilt habe, die Verträge von 50 SHKs auslaufen zu lassen. Dem stellt er eine E-Mail vom 16.12.2024 entgegen. Demnach bemühe sich die Universität beim Ministerium um die Einrichtung regulärer Planstellen, die eine Weiterbeschäftigung der SHKs ermöglichen würden.
 - o Lea Dahms (Juso-HSG) sagt, am 18.12.2024 kamen 25 bis 30 SHKs im AStA-Büro an und baten um Hilfe.
 - o Dr. Dilling entgegnet, die Universität habe nicht mitgeteilt, dass die Verträge nicht verlängert würden, sondern, dass man intensiv nach einer Lösung suche. Er schlägt Lea Dahms (Juso-HSG) vor, die E-Mails, die ihre Thesen belegen, offenzulegen, dem stimmt sie zu.
- Dr. Dilling verliest eine Definition von „Hass“ und fragt Lea Dahms (Juso-HSG), ob sie ihm den darin enthaltenen „Vernichtungswillen“ vorwerfe, da im Antrag von einem „hasserfüllten Feindbild“ gegenüber der Gewerkschaft die Rede ist.
 - o Lea Dahms (Juso-HSG) antwortet, dass sich diese Passage im Antrag nicht gegen den Kanzler richte, sondern gegen gewisse Vorgesetzte an der Universität.
 - o Dr. Dilling entgegnet, dass sich die Passage gegen die Universität richte, deren Vertreter er sei und er wiederholt die Frage, ob man ihm als Universitätsvertreter „Hass“ und einen „Vernichtungswillen“ vorwerfe.

- Lea Dahms (Juso-HSG) beantwortet diese Frage mit „Ja“ und Dr. Dilling bittet ausdrücklich darum, im Protokoll zu vermerken, dass Lea Dahms (Juso-HSG) ihm in seiner Funktion als Vertreter der Universität einen „Vernichtungswillen“ vorwirft.
- Lea Dahms (Juso-HSG) berichtet ferner von einem „Vernichtungswillen“, der bei einigen Vorgesetzten im ZIM vorherrsche.
- Fabian Dietrich (FS Info) sieht in dem Streit zwischen Universität und GEW Passau in erster Linie ein großes Kommunikationsproblem auf beiden Seiten.
- Dr. Dilling beendet seine Präsentation, nachdem er erneut darum bat, bei noch offenen Fragen auf ihn zuzukommen und auf zwei Infoveranstaltungen zu dem Thema hinwies.
- Rebekka Amann (Juso-HSG) sieht das Hauptproblem in einer schlechten Kommunikation seitens der Universität, konkret einiger Vorgesetzter, da viele Beschäftigte unterschiedliche Informationen gesagt bekommen hätten.
- Maximilian Becker (RCDS) entgegnet, den Vorwurf der mangelhaften Kommunikation durch die Universität könne er nicht beurteilen. Er verurteilt jedoch das Kommunikationsverhalten der GEW Passau, konkret die Instagram-Story einer Person, in welcher der Kanzler Dr. Dilling mit einem Kothaufen-Emoji auf seinem Kopf abgebildet war. Wer den maßgeblichen Stellen der Universitätsleitung so respektlos gegenüber auftrete, dürfe sich nicht über vermeintliche Kommunikationsverfehlungen durch die Universität beschweren.
 - Dr. Dilling bittet darum, einen Screenshot dieses Posts gezeigt zu bekommen.

Tagesordnungspunkt IV: Antrag der GEW Passau: „Solidarität mit den studentischen Beschäftigten: Eingruppierung jetzt!“

- Lea Dahms (Juso-HSG) stellt den Antrag vor.
- Fabian Dietrich (FS Info) fragt, was genau „Solidarität“ in diesem Zusammenhang meint.
 - Antwort von Lea Dahms (Juso-HSG): Man wolle ein Zeichen setzen, dass man hinter den studentischen Beschäftigten stehe.
- Isabella Ellmer (RCDS) fragt, welchen Sinn der Antrag noch habe, da das Thema am 01.04.2025 ohnehin abgeschlossen sei und bietet Lea Dahms (Juso-HSG) an, den Antrag zurückzuziehen, was diese ablehnt.
- **Der Antrag wird bei drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen mit dreizehn Ja-Stimmen angenommen.**
 - Dan Zizelmann (FS SoBi) befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung auf der Toilette. Isabella Ellmer (RCDS) fragt, ob man die Abstimmung wiederholen solle, Lea Dahms (Juso-HSG) erwidert, dass dies undemokratisch sei.

Tagesordnungspunkt V: Antrag der Juso-HSG: „Transparenz und Mitbestimmung bei der Vergabe von Stipendienzuschüssen“

- Maximilian Wimmer (Juso-HSG) und Clemens Diener (GHG) stellen den Antrag mit einigen Änderungsanträgen vor, die sich nach der heutigen Sitzung des ZSZVG noch ergeben hätten.
- Dr. Dilling betont die Komplexität des Themas, findet den Antrag allerdings gut und bittet um Zustimmung.
- **Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Tagesordnungspunkt VI: Sonstiges

- Maximilian Becker (RCDS) bittet das Präsidium darum, das Protokoll der jeweils letzten Sitzung erst dann auf der Internetseite zu veröffentlichen, wenn es in der darauffolgenden Sitzung beschlossen worden ist; dies wird ihm für die Zukunft zugesagt.
- Die **nächste Sitzung des Studierendenparlaments** soll am Donnerstag, den **30.01.2025 um 20 Uhr im WiWi SR 301** stattfinden, zwei Gäste haben sich hierfür bereits angekündigt.
- Dan Zizelmann (FS SoBi) fragt, ob er sich bei TOP IV nachträglich enthalten könne, da er während der Abstimmung auf der Toilette war. Lea Dahms (Juso-HSG) erwidert, dass seine Stimme eh nicht zähle und das Ergebnis dadurch kein anderes wäre.
- Clemens Diener (GHG) lädt zum runden Tisch Nachhaltigkeit am 20.01.2025 ein.
- Rebekka Amann (Juso-HSG) lädt zum runden Tisch Diversität ein, der zeitgleich ebenfalls am 20.01.2025 stattfindet.

Sitzungsende: 21:54 Uhr

(Im Original) Gezeichnet: Maximilian Becker (RCDS), Protokollführer